



Mitteilung

Berlin, den 24. Mai 2017

Die 84. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien findet statt am Mittwoch, dem 31. Mai 2017, 14:00 Uhr 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1 Paul-Löbe-Haus Sitzungssaal: 4.400

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-37773
Fax: +49 30 227-36502

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30301
Fax: +49 30 227-36449

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die Sitzung ist nichtöffentlich.

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Gesetzentwurf der Abgeordneten Tabea Rößner, Dr. Konstantin von Notz, Hans-Christian Ströbele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zum Auskunftsrecht der Presse gegenüber Bundesbehörden (Presseauskunftsgesetz)

BT-Drucksache 18/8246

Federführend:
Innenausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Sportausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:
Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]
Abg. Martin Dörmann [SPD]
Abg. Harald Petzold (Havelland) [DIE LINKE.]
Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017



Tagesordnungspunkt 2

- a) Gesetzentwurf des Bundesrates

**Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des § 103 des Strafgesetzbuches
– Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten –**

BT-Drucksache 18/10980

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Martin Dörmann [SPD]

Abg. Harald Petzold (Havelland) [DIE LINKE.]

Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017

- b) Gesetzentwurf der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Renate Künast, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Streichung des Majestätsbeleidigungsparagrafen (§ 103 StGB)

BT-Drucksache 18/8123

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Martin Dörmann [SPD]

Abg. Harald Petzold (Havelland) [DIE LINKE.]

Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren und zur Verbesserung der Kommunikationshilfen für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen (Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren – EMöGG)

BT-Drucksache 18/10144

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss Digitale Agenda

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige

Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Martin Dörmann [SPD]

Abg. Harald Petzold (Havelland) [DIE LINKE.]

Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017



Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes

BT-Drucksache 18/11939

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Yvonne Magwas [CDU/CSU]
Abg. Hiltrud Lotze [SPD]
Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]
Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung

BT-Drucksache 18/11100

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Philipp Lengsfeld [CDU/CSU]
Abg. Burkhard Blienert [SPD]
Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]
Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017



Tagesordnungspunkt 6

Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Tabea Rößner, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nutzungsrechte digitaler Güter für Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern

BT-Drucksache 18/11416

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:

Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]

Abg. Martin Dörmann [SPD]

Abg. Harald Petzold (Havelland) [DIE LINKE.]

Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Abgeordneten Markus Kurth, Maria Klein-Schmeink, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit Sicherheit in die Selbständigkeit - Für eine bessere Absicherung von Selbständigen

BT-Drucksache 18/10035

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Astrid Freudenstein [CDU/CSU]

Abg. Burkhard Blienert [SPD]

Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]

Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017



Tagesordnungspunkt 8

Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2016 zur Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (2016/2009(INI))

P8_TA-PROV(2016)0485

EuDoX-Dossier

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:

Abg. Ursula Groden-Kranich [CDU/CSU]

Abg. Martin Dörmann [SPD]

Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]

Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Frist für die Abgabe der Voten: 31.05.2017

Tagesordnungspunkt 9

Weiterentwicklung der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz

Fachgespräch mit:

Dr. Imke Gielen, Rechtsanwältin

Rüdiger Mahlo, Jewish Claims Conference in Deutschland

Prof. Dr. Reinhard Rürup, Beratende Kommission

Dr. Tilmann von Stockhausen, Deutscher Museumsbund e. V.

Markus H. Stötzel, Rechtsanwalt

Für die Bundesregierung:

Staatsministerin Monika Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Leitfragen: siehe Anlage 1



Tagesordnungspunkt 10

Aufarbeitung der NS-Diktatur: Stärkung der
NS-Gedenkstättenarbeit und Würdigung aller
NS-Opfergruppen

Fachgespräch mit:

Dr. Insa Eschebach, Mahn- und Gedenkstätte
Ravensbrück

Prof. Dr. Günter Morsch, Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten

Prof. Dr. Frank Nonnenmacher, Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Tucké Royale, Zentralrat der Asozialen in
Deutschland

Dr. Jens-Christian Wagner, Stiftung
niedersächsische Gedenkstätten

Dr. Jürgen Zarusky, Institut für Zeitgeschichte,
München – Berlin

Leitfragen: siehe Anlage 2

Siegmond Ehrmann, MdB
Vorsitzender



Anlage 1

Leitfragen zum Fachgespräch „Weiterentwicklung der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat in Abstimmung mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden im November 2016 Kernpunkte zur Weiterentwicklung der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“, vorgelegt.

1. Wie bewerten Sie diese Weiterentwicklung grundsätzlich und im Besonderen unter den Aspekten Transparenz und Zusammensetzung?
2. Gibt es aus Ihrer Sicht Klärungs- bzw. Änderungsbedarf bei der neuen Verfahrensordnung?
3. Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit der Beratenden Kommission mit der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste?
4. Könnten Sie sich alternative Ausgestaltungen/Kooperationen vorstellen?
5. Welchen gesetzlichen Handlungsbedarf sehen Sie bei der Regelung von Herausgabeansprüchen und Verjährung?
6. Wie beurteilen Sie Überlegungen für die Einführung einer Beweislastumkehr und für einen gesetzlichen Anspruch auf angemessene staatliche Ausgleichszahlung?
7. Besteht die Notwendigkeit für ein Restitutionsgesetz oder ist die Umsetzung und Einhaltung der Washingtoner Prinzipien ausreichend?



Anlage 2

Leitfragen zum Fachgespräch „Aufarbeitung der NS-Diktatur: Stärkung der NS-Gedenkstättenarbeit und Würdigung aller NS-Opfergruppen“

Die NS-Gedenkstätten stehen angesichts des größer werdenden zeitlichen Abstands, der anwachsenden Besucherzahlen und der heterogener werdenden Besuchergruppen, die häufig keinen eigenen familiären Bezug zur NS-Zeit mehr haben, sowie vor allem angesichts einer erstarkenden rechtspopulistischen Infragestellung des erinnerungspolitischen Konsenses und einer anwachsenden Zustimmung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor großen Herausforderungen.

1. Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach nötig, um die NS-Gedenkstätten bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen?
2. Welchen Handlungsbedarf gibt es darüber hinaus?
3. Und welche Aspekte sollten Ihrer Ansicht nach bei einer Fortschreibung/Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine besondere Rolle spielen?

Die Gruppen der sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher/innen“ sind bis heute nicht als NS-Opfergruppen anerkannt, nur ganz wenige Opfer wurden entschädigt oder rehabilitiert.

1. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe für diese Leerstelle in der deutschen Erinnerungskultur?
2. Wie könnte eine angemessene Anerkennung dieser Opfergruppen aussehen; wie könnte im Rahmen der deutschen Erinnerungskultur der an diesen Opfern begangenen Verbrechen gedacht werden? Welche Rolle sollten die NS-Gedenkstätten hierbei spielen?
3. Sehen Sie darüber hinaus weitere Opfergruppen der NS-Diktatur, denen bisher eine breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit und rechtliche Anerkennung versagt wurde?
4. Sind die Verfolgungsgeschichten dieser Gruppen ausreichend wissenschaftlich untersucht worden?
5. Gibt es Forschungsdefizite bei der Aufarbeitung aller NS-Opfergruppen?
6. Welcher Maßnahmen bedarf es, um eine breitere Anerkennung und Aufarbeitung für alle Opfergruppen zu erreichen?